

Mitarbeiter verzweifelt gesucht, was nun?

Betriebe suchen weiterhin händeringend nach Personal. Welches Rezept gibt es gegen den Arbeitskräftemangel? Zwei Einschätzungen.

Dorothea Alber

Quer durch alle Branchen wird händeringend nach Personal gesucht. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist weiter gestiegen und lag im Juni laut Internetseite des Arbeitsmarktservices (AMS) bei 988 Stellen. Besonders gefragt sind laut AMS weiterhin Handwerker, Industriefachkräfte und Gastropersonal. Da nicht alle Stellen öffentlich ausgeschrieben werden, zeigt diese Zahl nicht das wahre Ausmass der Lage. Wie aber sieht das Rezept aus, um etwas gegen den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zu unternehmen? Eine Nachfrage beim Wirtschaftsministerium von Sabine Monauni zeigt: Konkrete Massnahmen gibt es noch nicht, lediglich einige Vorhaben.

Was tut die Politik gegen den Mangel?

«Das aktuelle Problem eines allgemeinen Arbeits- und Fachkräftemangels können wir nur gemeinsam mit der Wirtschaft lösen. Wir sind mit den Wirtschaftsverbänden im Gespräch, welche Massnahmen hier getroffen werden können», heisst es vom Wirtschaftsministerium. Was aber steht auf dem Programm? Zum einen werde es darum gehen, das bestehende inländische Arbeitskräftepotenzial noch besser zu nutzen – «ich denke hier vor allem an Frauen und an ältere Mitarbeitende», sagt die Wirtschaftsministerin. Dazu brauche es Mass-



In Liechtenstein beklagt derzeit auch die Gastronomie seit Monaten einen Personalmangel.

Bild: Keystone

nahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten und beim Altersrücktritt. Ein anderer wichtiger Punkt sei die Qualifizierung der Mitarbeitenden – es müsse systematisch sichergestellt werden, dass die Arbeitskräfte von heute die morgen anstehenden Aufgaben bewältigen können. «Ausbildung, aber vor allem auch die laufende Weiterbil-

dung und Personalentwicklung liegt natürlich in erster Linie bei den Unternehmen. Wir prüfen, welche unterstützenden Massnahmen das Land hier treffen kann», so das Wirtschaftsministerium.

Was sollte die Politik gegen den Mangel tun?

Für Thomas Lorenz von der Stiftung Zukunft, die sich immer wieder mit Arbeitsmarkt-

fragen beschäftigt, ist klar, dass an drei wichtigen Punkten gearbeitet werden muss. Wenig überraschend geht es dabei um die Themen Erreichbarkeit, Flexibilität und Homeoffice. «Für rund 5000 EU-Bürger und Drittstaatenangehörige, die als Grenzgänger aus der Schweiz in Liechtenstein arbeiten, gelten für Homeoffice eingeschränktere Regeln. Das ist ein Standortnachteil bei der Re-

krutierung für Unternehmen in Liechtenstein», sagt der Geschäftsführer des bekannten Thinktanks. Unternehmen wie Banken hoffen dabei auf eine politische Lösung. Die Erreichbarkeit sei ein zweiter wesentlicher Faktor, wie die Erfahrung und der regelmässige Austausch von Lorenz mit Personalverantwortlichen von Finanzdienstleistungs- und auch Industriebetrieben zeige. Er

könne zwar nicht mit Sicherheit sagen, wie ausschlaggebend dies für den Entscheid mancher Pendler sei, doch viele Industriebetriebe sehen den allmorgendlichen und abendlichen zähflüssigen Verkehr als Nachteil bei Rekrutierungsgesprächen.

«Mehr Flexibilität ist wichtig»

Zudem sieht Lorenz noch Potenzial von Firmen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Das Bekenntnis von Betrieben, Teilzeitarbeit zu ermöglichen, ist da, aber könnte durchaus stärker sein.» Die unter dem Namen bekannt gewordene «Work-Life-Balance-Richtlinie» der EU müsse auch Liechtenstein als EWR-Mitglied umsetzen. Sie sieht einen bezahlten Elternurlaub vor. Zudem umfassen die Regelungen laut Lorenz einen Ausbau der Beschäftigungsansprüche und des Kündigungsschutzes und greifen «tief» in den Arbeitsmarkt ein. «Der Spielraum sollte deshalb so genutzt werden, dass die Eingriffe hohen volkswirtschaftlichen Nutzen stiften und die Chancengleichheit erhöhen», sagt Lorenz. Für ihn ist mehr Flexibilität wichtig, um als Standort Liechtenstein wettbewerbsfähig zu bleiben. Da die geburtenstarken Jahrgänge demnächst in Rente gehen, werde das Angebot an Arbeitskräften in den kommenden Jahren weiter ausgedünnt. Der Arbeitskräftemangel werde sich also weiter verschärfen.

«Liechtensteiner» Satellitenprojekt: Der Krach geht weiter

Die einstigen chinesischen Investoren erheben Vorwürfe gegen das Amt für Kommunikation. Der Amtsleiter hält diese nicht für gerechtfertigt.

Die bisherige Geschichte des «Liechtensteiner Satellitenprojekts» ist geprägt von Auseinandersetzungen. Zunächst zieht der chinesische Hauptinvestor das zuständige Amt für Kommunikation vor Gericht. Danach verstritten sich die deutsche und die chinesische Verantwortlichen des Projekts. Die Chancen, dass über Liechtensteins Frequenzen ein Satelliten-Breitbandnetz realisiert wird, schmolzen dahin. Doch seit knapp fünf Monaten scheint es neue Hoffnung zu geben: Ende Februar wurde das US-Unternehmen «Rivada Networks» zum Hauptinvestor des Satellitenprojekts. Der neue Businessplan der Amerikaner konnte auch das Amt für Kommunikation überzeugen: Ende Mai genehmigte das Amt den Frequenznutzungsvertrag, der für die Weiterführung des Projekts entscheidend ist.

Es mangelt an Trägerraketen

Nun melden sich aber die ausgebauten chinesischen Investoren zurück: In einem offenen Brief erheben sie happige Vorwürfe gegen das Amt für Kommunikation sowie dessen Leiter Rainer Schnepfleitner. Anlass

für ihre Intervention ist ein jüngster Entscheid der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) – der Organisation, die für die Frequenzvergabe zuständig ist.

Damit Frequenzen nicht unnötig blockiert werden, gibt die ITU feste Deadlines vor, um das Satellitenprojekt zu realisieren. Und diese sind durchaus sportlich. Insgesamt werden für das Satelliten-Breitband-Internet 600 «Low earth orbit»-Satelliten benötigt. Davon sind bis Mitte nächsten Jahres bereits 56 ins All zu befördern. Drei Jahre später müssen bereits die Hälfte und bis 2028 sämtliche 600 Satelliten im Orbit kreisen. Mit diesem Deadlines – den sogenannten Meilensteinen – ist klar, dass die Rivada aufs Gas drücken muss. Nur: Mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs wurde es noch schwieriger, den Zeitplan einzuhalten. Denn Russland stellt seine Trägerraketen westlichen Unternehmen nicht mehr zur Verfügung. Damit hat sich der Bestand verfügbarer Raketen plötzlich um die Hälfte reduziert.

Vor diesem Hintergrund fragte das Amt für Kommunikation bei der ITU an, den Zeitplan um ein Jahr nach hinten zu verschieben. Aber ohne Erfolg.



Das chinesische Unternehmen sieht sich nach wie vor als «alleiniger Investor» des «Liechtensteiner» Satellitenprojekts. Bild: Keystone

Die Fernmeldeunion will am bisherigen Zeitplan festhalten.

«Keine Blamage, sondern normaler Ablauf»

Die Rivada ist dennoch der Ansicht, auch ohne einjährigen Aufschub den Zeitplan einhalten zu können. Die chinesischen Investoren – die Shanghai

Spacecom Satellite Technology Ltd – meint dagegen, dass das Nein der ITU nicht nur «ein erheblicher Rückschlag für das Rivada-Projekt» sei, sondern auch «eine Blamage für das Amt für Kommunikation als Regulierungsbehörde». Amtsleiter Rainer Schnepfleitner hält dagegen: «Das ist ein völlig normaler Ab-

lauf und keinesfalls eine Blamage.» Es sei durchaus üblich, dass bei einer internationalen Organisation wie der ITU Anträge mehrere Anläufe brauchen, bis sie zu einer tragfähigen Mehrheit kommen.

Meilenstein-Verzicht wäre nicht zu rechtfertigen

Die Beschwerde der chinesischen Investoren zielt vor allem in die Richtung, dass das Amt für Kommunikation für die Rivada angeblich «gänzlich aussichtslose Anträge an die ITU stellen». Dagegen wollte das Amt der Shanghai Spacecom Satellite Technology Ltd nicht einmal einen sogenannten «Meilenstein-1-Verzicht» genehmigen. Darunter ist zu verstehen, dass unter bestimmten Bedingungen auf die Erfüllung der ersten Deadline verzichtet werden kann.

Rainer Schnepfleitner führt aus, aufgrund der gemachten Erfahrungen mit dem vorherigen Konsortium «hatte das Amt für Kommunikation kein Vertrauen mehr in die antragskonforme Umsetzung des Projekts». Darum wäre ein Meilensteinverzicht «nicht zu rechtfertigen gewesen». Der neue Geschäftsplan, den die

Trion im März zusammen mit der Rivada einreichte, habe hingegen den Anforderungen entsprochen. Dadurch «konnte auch ein Meilensteinverzicht in Betracht gezogen werden».

Für Amt gilt: Rivada ist Hauptinvestor des Projekts

Über dem ganzen Brandbrief gegen das Amt für Kommunikation schwebt die Behauptung, dass die Shanghai Satellite Technology Ltd. und deren Gesellschaften die «alleinigen Investoren» des Projekts seien. Eine Aussage, die gemäss Schnepfleitner «nicht zutreffend» ist. Für den Amtsleiter steht fest, dass die Rivada seit Ende Februar Hauptinvestor des Satellitenprojekts ist. (equ)

BETRIEBSFERIEN
31. Juli bis 7. August 2022

 **Ospelt**
Uhren & Schmuck AG

Aulestrasse 2 · FL-9490 Vaduz
Tel. +423/232 25 64 · Fax +423/232 25 72
Internet: www.uhren-ospelt.li